

Buch, Claudia M. et al.

Working Paper — Digitized Version

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Negative Konsequenzen der Reformrückschritte werden sichtbar. 10. Bericht

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 295

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Buch, Claudia M. et al. (1997) : Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Negative Konsequenzen der Reformrückschritte werden sichtbar. 10. Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 295, ISBN 3894561440, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/945>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

295

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Negative Konsequenzen der Reformrückschritte werden sichtbar

Inhalt

I.	Produktion, Investitionen, Preise	3
II.	Arbeitsmarkt	6
III.	Einkommen der privaten Haushalte	6
IV.	Öffentliche Haushalte	7
V.	Geld-, Kredit- und Wechselkurspolitik	8
VI.	Außenwirtschaft	12
VII.	Ordnungspolitik	13
VIII.	Zusammenfassung und Ausblick	16
	Literaturverzeichnis	18

Dieser Bericht wurde am 28. März 1997 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel haben Claudia M. Buch, Ralph P. Heinrich und Matthias Lücke mitgewirkt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung H. Brücker, Hella Engerer, Wolfram Schrettl, Mechthild Schrooten und Ulrich Weißenburger und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle Hubert Gabrisch und Peter Sigmund. Der Bericht wurde auch im DIW-Wochenbericht und in der IWH-Forschungsreihe veröffentlicht.

Am 10. Januar 1997, mitten in den Vorbereitungen für den 10. Bericht über Rußland und die Republik Belarus, starb unerwartet und tragisch Dr. Ulrich Weißenburger. Im Rahmen des gemeinsamen Projekts „Die wirtschaftliche Lage Rußlands und der Republik Belarus“ haben die drei Institute einen engagierten und kompetenten Mitarbeiter verloren. Ulrich Weißenburger besaß entscheidenden Anteil an der bisherigen Berichterstattung und an der kooperativen Atmosphäre der gemeinsamen Arbeit.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die **wirtschaftliche Lage der Republik Belarus** / Deutsches
Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin ... – Kiel : Inst. für
Weltwirtschaft.

Literaturangaben

Früher u.d.T.: Die wirtschaftliche Lage Weissrusslands

Negative Konsequenzen der Reformrückschritte werden
sichtbar. – 1997

(Kieler Diskussionsbeiträge ; 295)

ISBN 3-89456-144-0

©

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

D-24100 Kiel

Alle Rechte vorbehalten

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht
gestattet, den Band oder Teile daraus
auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen

Printed in Germany

ISSN 0455 - 0420

Im Zuge der Aktivierung planwirtschaftlicher Instrumente in der Republik Belarus hat Präsident Lukaschenko im Laufe seiner bisherigen Amtsperiode Schritt für Schritt alle wesentlichen wirtschaftspolitischen Zuständigkeiten an sich gezogen. Von Anfang an sprach nichts für die Richtigkeit eines solchen Vorgehens. Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung gibt bis zuletzt keinen Anlaß, diese Einschätzung zu revidieren. Bereits in ihrem Herbstbericht 1996 zur wirtschaftlichen Lage der Republik Belarus haben die Institute darauf hingewiesen, daß eine Bewertung der tatsächlichen Entwicklung durch administrative Eingriffe in den Wirtschaftsablauf erheblich erschwert wird. Nach dem Referendum vom November 1996 hat sich die Situation sogar noch verschärft. Von einem marktwirtschaftlichen Regelsystem ist Belarus weiter entfernt denn je; wichtige Reformen werden nicht vorgenommen und bestehende Reformen werden abgebaut; die Anpassungslasten werden damit vergrößert.

I. Produktion, Investitionen, Preise

Zu Jahresbeginn 1996 hatte ein Erlaß des Präsidenten das Ende des Niedergangs und ein Wiedereinsetzen des wirtschaftlichen Wachstums für 1996 vorgegeben. Die amtliche Statistik hat inzwischen die Erfüllung und Übererfüllung der präsidentialen Planvorgaben gemeldet (Tabelle 1). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sei, so heißt es, im abgelaufenen Jahr real um 2,6 vH gewachsen (Planziel: 0–1 vH), die Industrieproduktion um 3,2 vH (Plan: 0 vH), der Einzelhan-

delsumsatz um 17 vH (Plan: –3 vH); die Anlageinvestitionen seien dagegen um 10 vH zurückgegangen und damit geringfügig stärker als geplant (–8 bis –9 vH).

Die Struktur der Investitionen wies 1996 gegenüber dem Vorjahr nur wenige Veränderungen auf (Tabelle 2). Der dramatische Rückgang der Investitionen in die Landwirtschaft setzte sich fort (–23 vH). Die Investitionen in die Wissenschaft gingen beschleunigt zurück (–71

Tabelle 1 – Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990–1996 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Bruttoinlandsprodukt ^a	.	–1,2	–9,6	–11	–13	–10	2,6
Industrieproduktion ^a	2,1	–1	–9,4	–10	–17,1	–11,7	3,2
Agrarproduktion ^a	–8,7	–4,9	–8,5	3,7	–14,1	–4,7	2,4
Bruttoanlageinvestitionen ^a	9	4	–29	–15	–11	–31	–10
Gütertransportvolumen ^b	.	–5,7	–25,1	–30,1	–36,2	–25,7	–19,3
Beschäftigte	–0,9	–2,5	–2,6	–1,3	–2,6	–4,8	–4
Einzelhandelsumsatz ^a	14,7	–8,1	–22	–14,4	–18	–23	17
Nominale Geldeinkommen der privaten Haushalte	17,7	94,4	759	1 256	1 865	535	72
Nominallöhne	16	97	843	1 097	1 487	669	58,7
Verbraucherpreise							
Jahresdurchschnitt	4,5	80,7	971	1 190	2 221	709	52,7
Dezember zu Dezember	.	.	.	1 997	1 960	244	39,3
Industrielle Erzeugerpreise							
Jahresdurchschnitt	.	.	.	1 530	2 170	499	36,4
Dezember zu Dezember	.	238	4 091	3 868	1 856	141	33
Arbeitslosenquote am Periodenende	.	0,1	0,5	1,4	2,1	2,7	3,9

^aReal. — ^bAuf Tonnen-Basis.

Quelle: Gosudarstvennyj Komitet (1993: 161, 165), Ministerstvo Statistiki i Analiza (1994: 16 f.; 1995a: 5 ff., 74; 1995b: 8 ff., 197; 1996a: 5 ff., 75; 1996b: 27 ff., 178, 215 ff.; 1997: 5 ff., 59).

Tabelle 2 – Entwicklung der Investitionen in konstanten Preisen 1990–1996 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
<i>Investitionen insgesamt</i>	9	4	-29	-15	-11	-31	-10
Produzierender Bereich	5	4	-40	-13	-10	-29	-6
Industrie	2	6	-29	-11	12	-36	-8
Landwirtschaft	8	-5	-51	-31	-46	-34	-23
Bauwirtschaft	2	27	-54	-12	-20	-47	-27
Verkehr	3	39	-27	7	-24	0	0
Nachrichtenwesen	0	-17	-58	37	-7	100	82
Handel und Gaststätten	12	-8	-43	-3	81	-62	-20
Materialversorgung und Absatz	38	-27	-38	48	-24	-15	39
Nichtproduzierender Bereich	16	4	-7	-16	-12	-33	-19
Wohnungsbau	13	10	-11	-19	-10	-44	-10
Kommunalwirtschaft	20	18	-1	-8	-27	-19	-17
Gesundheitswesen, Sport, soziale Sicherung	8	27	23	-22	-12	-16	-31
Bildungswesen	-9	-3	-4	-12	-13	-58	-8
Kultur und Kunst	-6	6	-37	-13	-25	-29	-25
Wissenschaft	6	-41	65	-15	-24	-23	-71
Finanzsektor, Banken, Versicherungen					138	28	-41

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996b: 159, 164 f.).

vH). Auffällig sind die stark wachsenden Investitionen in den Großhandelsbereich („Materialversorgung und Absatz“); dahinter soll im wesentlichen der Aufbau von Gewerbegebieten stehen. Eine Wende hat es bei den Investitionen in den Finanzsektor (Banken und Versicherungen) gegeben; nach einer Periode massiv zunehmender Investitionen kam es im Gefolge der Renationalisierung weiter Teile des Geschäftsbankensystems 1996 zu einem Rückgang von 41 vH.

Die in den offiziellen Zahlen enthaltenen positiven Entwicklungen in der Produktion betref-

fen auch die überwiegende Zahl der Industriezweige (Tabelle 3). Die Eisen- und Stahlindustrie meldet für 1996 eine Wachstumsrate von 23,3 vH, die Holzindustrie von 14,1 vH, die Leichtindustrie von 12,2 vH. Positive Wachstumsraten weisen auch die übrigen Industriezweige auf; nur bei der Elektrizitätswirtschaft (-1,6 vH) und der Brennstoffindustrie (-5,2 vH) zeichnet sich ein weiterer Rückgang der Produktion ab. Bemerkenswert ist auch der starke Anstieg des Wohnungsbaus (32 vH). So zeigt sich, daß die starken Zuwächse häufig auf einzelne Produktgruppen zurückzuführen sind,

Tabelle 3 – Industrieproduktion nach Zweigen 1990–1996 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
<i>Industrie insgesamt</i> ^a	2	-1	-9	-10	-17	-12	3
Elektrizitätswirtschaft	3	1	-3	-11	-11	-16	-2
Brennstoffindustrie	-2	-5	-43	-37	-45	11	-5
Eisen- und Stahlindustrie	9	13	-14	-13	-13	-1	23
Maschinenbau und Metallverarbeitung	3	5	-7	3	-14	-20	0
Chemie und Petrochemie	0	-7	-15	-12	-17	9	7
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	2	7	-7	-3	-13	-10	14
Baustoffindustrie	2	5	-11	-24	-29	-21	1
Leichtindustrie	0	1	1	2	-23	-34	12
Nahrungsmittelindustrie	2	-9	-18	0	-6	-13	4

^aOhne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Joint-ventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996b: 30 f.).

so in der Eisen- und Stahlindustrie Röhren, in der chemischen Industrie Phosphordünger und Reifen und im Maschinenbau „Trolley-Busse“.

Es entsteht der Anschein, als seien punktuelle Eingriffe, möglicherweise Staatsaufträge, dazu verwendet worden, das wirtschaftliche Gesamtbild in die gewünschte Richtung zu korrigieren. In diese Richtung weist auch die schnelle Ausweitung der Kreditvergabe an die Bevölkerung, wofür verschiedenen Meldungen zufolge vor allem die Kreditvergabe zum Zweck des Wohnungsbaus verantwortlich ist. Diese Praxis soll nach einem Präsidialerlaß in den Jahren 1997–2000 weitergeführt werden (*Sobranie Dekretov* 1996). Gleichzeitig haben sich offenbar zwei Drittel des Umsatzes in der Industrie auf der Basis von Barter-Geschäften abgespielt. Die Vermutung, daß in starkem Maße unverkäufliche Waren produziert wurden, wird von der verfügbaren Lagerhaltungsstatistik jedoch nicht bestätigt. Zwar belaufen sich die Lagerbestände per Ende 1996 auf 5,3 vH des BIP, sie haben damit jedoch gegenüber dem Jahresbeginn sogar leicht abgenommen. Es gibt Anzeichen dafür, daß zur Begleichung von Energieschulden hohe Fertigproduktlager unter Inkaufnahme von starken Preiszugeständnissen auf dem Weg von Exporten in den GUS-Raum abgebaut wurden (Takis 1996).

Es ist offensichtlich, daß die wirtschaftliche Lage auf der Basis der verfügbaren Informationen schwer einzuschätzen ist. Es ist nicht auszuschließen, daß einige Informationen nicht den Tatsachen entsprechen oder diese verzerrt wiedergeben. Zu denken gibt zum Beispiel das nun schon im fünften Jahr außerordentlich stark zurückgehende Gütertransportvolumen (1996: -19,3 vH). Dies harmoniert wenig mit dem ausgewiesenen Wirtschaftsaufschwung.¹

Der Anstieg der Verbraucherpreise ging in Belarus im Jahr 1996 wesentlich langsamer vor sich als noch im Vorjahr (Tabelle 4). Eine monatliche Rate des Preisanstiegs von deutlich unter 3 vH kann als eine der unbedingt erforderlichen Voraussetzungen für eine Wiederbelebung wirtschaftlicher Aktivitäten gelten. Insofern sah es im Verlauf von 1996 lange danach aus, als seien bezüglich der Preisstabilisierung die schlimmsten Probleme überwunden. Allerdings kam es im November und Dezember 1996 zu einer neuerlichen äußerst starken Beschleunigung des monatlichen Preisanstiegs (3,9 bzw. 7,4 vH). Im Januar 1997 setzte sich dieser Trend verschärft fort (13,2 vH).² Nach den verfügbaren Informationen steht dahinter nicht eine Anhebung administrierter Preise, sondern ein Anstieg frei gebildeter Preise.

Um diese unerwünschte Entwicklung zu bremsen, hat Präsident Lukaschenko erneut in

Tabelle 4 – Monatliche Preisentwicklung 1994–1997 (Veränderungen gegenüber Vormonat in vH).

	Verbraucherpreise				Industrielle Erzeugerpreise		
	1994	1995	1996	1997	1994	1995	1996
Januar	40,7	39,2	5,6	13,2	24,3	44,4	4,7
Februar	18,7	33,7	4,0		17,4	13,2	0,2
März	10,2	20,0	2,0		11,9	9,5	0,6
April	28,6	14,5	1,5		37,0	7,5	1,7
Mai	28,7	3,4	0,6		32,4	1,7	0,3
Juni	19,5	2,5	2,3		22,0	1,3	2,8
Juli	26,6	5,2	2,0		17,5	2,4	2,6
August	53,4	3,0	1,3		42,5	5,2	4,0
September	25,5	5,2	1,8		41,1	5,0	2,0
Oktober	25,7	3,4	1,3		41,6	2,1	1,8
November	40,5	3,7	3,9		28,4	2,7	2,0
Dezember	31,3	3,9	7,4		26,4	2,2	6,1

Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza (1996b: 193, 217).

die Preisbildung eingegriffen. Es kann nicht überraschen, daß daraus weitere Eingriffe erforderlich werden. Zuletzt wurde bekannt, daß

Versuche im Gange sind, den unerwünschten Abfluß „billiger“ weißrussischer Konsumgüter nach Rußland administrativ zu unterbinden.³

II. Arbeitsmarkt

Die Zahl der Beschäftigten lag im Dezember 1996 um 1,3 vH unter dem Vorjahresmonat und betrug 4,15 Millionen. Überdurchschnittliche Beschäftigtenrückgänge verzeichneten die Industrie (-5,1 vH), die Bauwirtschaft (-8,5 vH) und die Landwirtschaft (-3,8 vH). Einen Beschäftigtenzuwachs verzeichneten dagegen die Wohnungs- und Kommunalwirtschaft (10 vH), der Handel und das Gaststättengewerbe (6,1 vH), der Sektor Bildung (5 vH), die Forstwirtschaft

(4,8 vH), das Gesundheits- und Sozialwesen (3,2 vH), die Post und das Fernmeldewesen (3,1 vH) sowie die staatliche Verwaltung (3,3 vH).

Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen lag Ende Dezember 1996 bei 182 500 Personen. Die Arbeitslosenquote stieg von 2,7 vH im Dezember 1995 auf 3,9 vH im Dezember 1996. Außerdem war 1996 ein Großteil der Beschäftigten von Kurzarbeit betroffen.⁴

III. Einkommen der privaten Haushalte

Die realen Geldeinkommen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 12 vH (1995: -27 vH), die Reallohne um 3,9 vH (1995: -5 vH) (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1997: 82). Die reale Durchschnittsrente hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert (-0,3 vH), nachdem für 1995 ein Zuwachs von 25,5 vH ausgewiesen worden war. Aufgrund der Entwicklung der Gesamteinkommen ist zu vermuten, daß sich die Einkommen aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit gegenüber dem Vorjahr um etwa ein Drittel erhöht haben. Etwa 43 vH der Bevölkerung haben ein Einkommen unterhalb des offiziellen Existenzminimums.⁵ Die rückständigen Lohnzahlungen sind weniger gravierend als in Rußland und betragen am Jahresende etwa 13 vH der Lohnsumme vom November. Sie betrafen zu zwei Drittel die Unternehmen der Landwirtschaft (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1997: 88).

Die Lohndifferenzierung ist gegenüber dem Vorjahr geringer geworden. Die höchsten Löhne wurden bei unterdurchschnittlichen Zuwachsraten im Bankgewerbe, in der staatlichen Verwaltung und im Baugewerbe gezahlt, wäh-

rend die Löhne im sozialen Bereich bei hohen Zuwachsraten und in der Landwirtschaft weiterhin erheblich unter dem Durchschnitt blieben. Für das Jahr 1996 betrug in der Gesamtwirtschaft der monatliche Durchschnittslohn 1 204 700 weißrussische Rubel (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996b: 62), der Mindestlohn 100 000 weißrussische Rubel (Evropejskaja ekspertnaja služba 1996: Anhang Tabelle 4.3). Die soziale Lage der Rentner hat sich nicht verbessert. Die durchschnittliche Monatsrente entsprach nur etwa der Hälfte des berechneten minimalen Verbrauchsbudgets.

Auch in den statistischen Angaben zur Entstehung und zur Verwendung der Geldeinkommen der privaten Haushalte gibt es Widersprüche. So wurde die positive Entwicklung der Realeinkommen 1996 zwar von einem real stark steigenden Einzelhandelsumsatz (aller Handelsformen) in Höhe von 17 vH begleitet (1995: -23 vH), gleichzeitig sank jedoch der Anteil der Konsumausgaben von 80,2 vH in 1995 auf 71,9 vH in 1996. Der Anteil der Ersparnisse an den Einkommen stieg von 12,7 vH auf 21,8 vH.

IV. Öffentliche Haushalte

Vordergründig wurde 1996 der restriktive finanzpolitische Kurs weiter verschärft. Das Defizit des konsolidierten Haushalts lag 1996 bei 1,9 vH des BIP (Tabelle 5); es blieb damit so-

gar hinter den Haushaltsansätzen zurück (etwa 3 vH). Das verhältnismäßig geringe Defizit ist auf eine Kontraktion der Ausgaben zurückzuführen. Wie in der Vergangenheit dürften Zah-

Tabelle 5 – Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben des konsolidierten Haushalts 1992–1996

	1992	1993	1994	1995	1996 ^a
	<i>Struktur in vH</i>				
<i>Einnahmen</i>					
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mehrwertsteuer	37,1	27,6	27,6	28,3	28,2
Akzisen	8,9	12,1	10,7	8,3	12,5
Gewinnsteuer	25,6	29,7	30,9	22,5	14,5
Einkommensteuer	7,4	7,1	7,3	8,6	10,4
Tschernobylsteuer	8,4	7,7	5,0	7,9	
Zölle etc.			9,3	6,3	7,8
Sonstige Einnahmen	12,6	15,8	9,2	18,1	26,6
<i>Ausgaben</i>					
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft	41,9	38,7	27,5	21,2	19,0
Bildung, Kultur, Soziales	30,6	30,3	36,0	42,6	48,3
Wissenschaft	1,4	1,2	0,9	1,8	
Tschernobylfolgen	12,6	9,7	6,9	7,9	
Verteidigung	4,8	4,2	4,3	4,4	
Rechtsorgane	3,0	3,5	4,5	7,1	7,0
Verwaltung	1,8	1,7	1,9	3,5	
Schuldendienste (Inland)	2,0	1,2	0,6	0,6	3,3
Sonstige Ausgaben	1,8	9,6	17,6	10,9	22,4
<i>Defizit in vH der Ausgaben</i>	5,8	13,1	9,4	8,0	6,4
	<i>Anteile am BIP in vH</i>				
<i>Einnahmen</i>					
Insgesamt	32,4	37,1	36,5	30,0	28,1
Mehrwertsteuer	12,0	10,2	10,1	8,5	7,9
Akzisen	2,9	4,5	3,9	2,5	3,5
Gewinnsteuer	8,3	11,0	11,3	6,8	4,1
Einkommensteuer	2,4	2,6	2,7	2,6	2,9
Tschernobylsteuer	2,7	2,9	1,8	2,4	
Zölle etc.			3,4	1,9	2,2
Sonstige Einnahmen	4,1	5,8	3,4	5,4	7,5
<i>Ausgaben</i>					
Insgesamt	34,4	42,6	40,3	32,7	30,0
Volkswirtschaft	14,4	16,5	11,1	6,9	5,7
Bildung, Kultur, Soziales	10,5	12,9	14,5	13,9	14,5
Wissenschaft	0,5	0,5	0,4	0,6	
Tschernobylfolgen	4,3	4,1	2,8	2,6	
Verteidigung	1,7	1,8	1,7	1,4	
Rechtsorgane	1,0	1,5	1,8	2,3	2,1
Verwaltung	0,6	0,7	0,8	1,2	
Schuldendienste (Inland)	0,7	0,5	0,2	0,2	1,0
Sonstige Ausgaben	0,6	4,1	7,1	3,6	6,7
<i>Defizit</i>	2,0	5,5	3,8	2,7	1,9

^aBerichtszeit der Ausgabenstruktur: Januar bis November 1996. Alle anderen Angaben beziehen sich auf das Gesamtjahr.

lungsverzögerungen und Ausgabenverlagerungen — auch in außerbudgetäre Fonds — dazu beigetragen haben, daß das offiziell ausgewiesene Defizit gering gehalten werden konnte. Zur Finanzierung des Defizits wurden wieder vor allem Zentralbankkredite, teilweise auch gegen die Ausgabe von Staatspapieren, herangezogen.⁶ Die Zinssätze für diese Kredite waren zeitweise real negativ. Bei einer real positiven Verzinsung der Zentralbankkredite und der Einbeziehung der quasi-fiskalischen Aktivitäten des Bankensektors wäre das Defizit deutlich höher ausgefallen. Nach wie vor wird die Geldpolitik zur Alimentierung der finanzpolitischen Ansprüche herangezogen.

Bei etwa konstanten Gesamteinnahmen blieb die Einnahmenstruktur im wesentlichen erhalten. Trotz statistisch ausgewiesenen Wachstums und erheblicher Umsatzsteigerungen im Einzelhandel waren sowohl das Gewinn- als auch das Mehrwertsteueraufkommen leicht rückläufig, ohne daß dafür eine Steuerreform als Ursache gelten kann. Eine Erklärung könnte in selektiven Steuervergünstigungen für einzelne Branchen, in der Nichtversteuerung von Umsätzen der Schattenwirtschaft und in statistischen Ungereimtheiten zu finden sein. Der ungebrochene Abwärtstrend des Gewinnsteueraufkommens dagegen weist auf die prekäre wirtschaftliche Lage im Unternehmenssektor hin: 1996 erreichte das Gewinnsteueraufkommen nur noch etwa ein Drittel des Aufkommens von 1994. Die Steuerrückstände konnten in der 2. Jahreshälfte 1996 deutlich zurückgeführt werden (1. Hj.: 3,5 vH des BIP; Jahresende: knapp 1 vH des BIP) und spielen — anders als in der Russischen Föderation — eine eher untergeordnete Rolle (Evropejskaja ekspertnaja služba 1996; eigene Berechnungen).

Die Gesamtausgaben des konsolidierten Haushalts lagen mit 30 vH des BIP deutlich unter dem Vorjahreswert.⁷ Die Kürzung der Subventionszahlungen aus den öffentlichen Haushalten wurde fortgesetzt. Ähnlich wie in Rußland werden einzelnen Unternehmen Steuervergünstigungen gewährt, die indirekten Subventionszahlungen gleichkommen. Die Ausgaben für Bildung, Kultur und Soziales, hinter denen sich auch Transfers in die Pensionsfonds verbergen, sind im Vorjahresvergleich gestiegen. Insgesamt ist der Teil der konsumtiven Budgetausgaben gewachsen. Unklar ist, inwieweit es zu einer Ausgabenverlagerung in außerbudgetäre Fonds gekommen ist.

Der Republikshaushalt für das Jahr 1997 ist bereits verabschiedet worden. Er sieht Einnahmen in der Größenordnung von 16,2 vH des BIP vor, denen Ausgaben in der Höhe von 19,5 vH gegenüberstehen. Das Defizit würde sich demnach auf 3,3 vH des BIP erhöhen; es soll durch Zentralbankkredite und Staatsanleihen (GKOs) finanziert werden. Dem Haushaltsansatz 1997 liegt eine Wachstumsprognose von 5 vH und ein Inflationsziel von monatlich 2 vH zugrunde. Trotz dieser relativ optimistischen gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten wird ein weiterer Einnahmerückgang erwartet. Als problematisch muß die Aussagekraft des Haushaltsgesetzes vor allem aus drei Gründen gelten: Die bisherige Inflationsentwicklung (Januar 1997: 13,7 vH) zeigt, daß die dem Haushalt zugrundegelegten Eckdaten kaum gehalten werden können. Zudem dürfte sich die Auslagerung fiskalischer Aktivitäten in außerbudgetäre Fonds fortsetzen. Und schließlich kann der verabschiedete Haushalt bestenfalls als eine Absichtserklärung interpretiert werden, die jederzeit vom Präsidenten revidiert werden kann.

V. Geld-, Kredit- und Wechselkurspolitik

Wie in den Vorjahren wird die Beurteilung der Geld- und Wechselkurspolitik erheblich dadurch erschwert, daß der Staat massiv mittels Preis- und Devisenkontrollen in die Märkte eingreift. Behindert wird eine Analyse der

Geldpolitik zudem dadurch, daß die Zentralbank keine Daten über ihre Zins- und Geldpolitik veröffentlicht.

Die vorhandenen Informationen deuten darauf hin, daß sich die Geldentwertung 1996 ge-

genüber dem Vorjahr verlangsamt hat. Das offiziell ausgewiesene Verbraucherpreisniveau lag im Dezember um 39 vH über dem Vorjahresniveau. Die Geldbasis wuchs 1996 nominal in allen Quartalen sehr viel langsamer als im Schnitt des Jahres 1995 (Tabelle 6). Dies ist jedoch nur teilweise auf aktive Stabilisierungsbemühungen der Zentralbank zurückzuführen. Die Kreditvergabe der Zentralbank an die Geschäftsbanken und an die Regierung expandierte überproportional. Insbesondere wurden wieder verstärkt zentralisierte Kredite, etwa an die Landwirtschaft, zu negativen Realzinsen ausgegeben (Taxis 1996). Dämpfend wirkte dagegen der deutliche Rückgang der Devisenreserven, der durch Stützungsverkäufe der Zentralbank zur Verteidigung des Wechselkurses erzwungen wurde (Tabelle 7). Insoweit ist die vergleichsweise mäßige Zunahme der Geldbasis vor allem auf einen fortschreitenden Ver-

trauensverlust der Wirtschaftssubjekte in die Währung zurückzuführen. Wie wenig stabilitätsorientiert die Geldpolitik 1996 gewesen ist, zeigt sich auch daran, daß die Zentralbank über real negative Refinanzierungszinsen (Schaubild 1)⁸ den Geschäftsbanken Geld für den Erwerb von Staatsschuldtiteln bereitstellte und anderweitig nicht absetzbare Papiere aufkaufte. Insofern hat die Ausgabe von GKO's zur Finanzierung des Haushaltsdefizits letztlich ebenso zu neuer Geldschöpfung geführt wie die Finanzierung durch Zentralbankkredite.

Daß die Inflation trotzdem nicht höher ausfiel, liegt unter anderem an den erheblichen Überschußreserven, die die Geschäftsbanken im zweiten Halbjahr 1996 bei der Zentralbank angesammelt haben. Dies hat das Wachstum weiter gefaßter Geldmengenaggregate im Vergleich zur Geldbasis und damit die Inflation zunächst gebremst.⁹

Tabelle 6 – Wachstum der Geldmengenaggregate pro Quartal zum Vorquartal 1992–1996 (vH)^a

	1992	1993	1994	1995	1996			
					I	II	III	IV
Geldbasis	95	93	157	43	4	22	23	14
M2 ^b	57	82	112	28	.	11	17	9
<i>Nachrichtlich:</i>								
Verbraucherpreise	132	119	114	43	12	4	5	13
Erzeugerpreise		128	113	28	6	5	9	.

^aDie Zeitreihen wurden gegenüber früheren Berichten revidiert. 1992–1995: Durchschnittliche Quartalswerte. — ^bAufgrund revidierter Zeitreihen ist der Wert für das erste Quartal 1996 nicht mit dem Vorquartal vergleichbar. Einschließlich Konten in ausländischer Währung.

Quelle: IMF (1997), Taxis (1996), eigene Berechnungen.

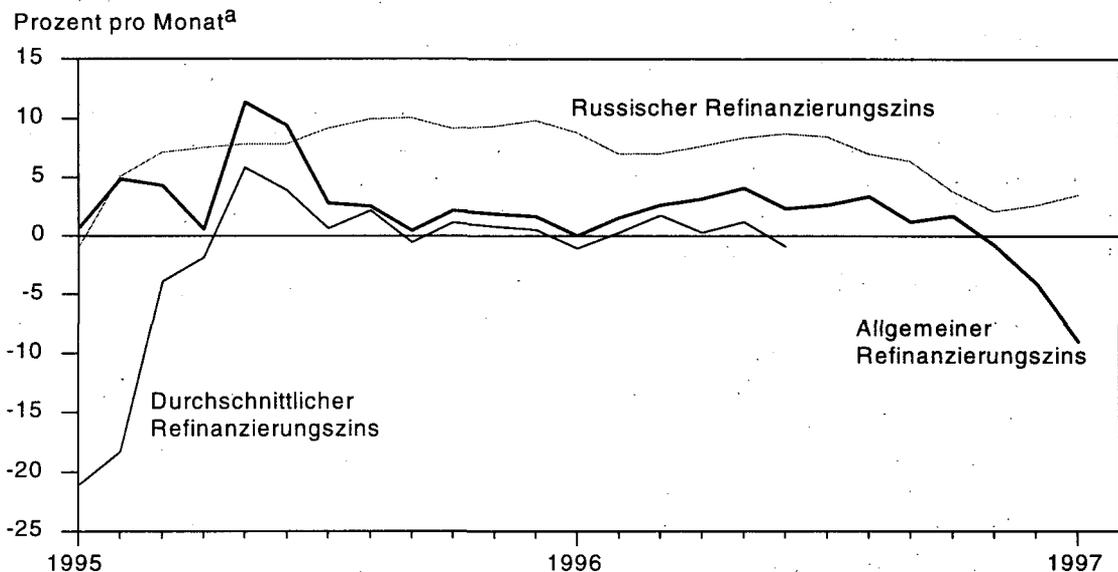
Tabelle 7 – Herkunft und Verwendung der Zunahme der Geldbasis pro Quartal 1995 und 1996 (vH)^a

	1995				1996			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
<i>Herkunft</i>								
Devisenreserven (netto)	30,9	44,2	29,7	17,7	17,1	7,9	14,8	7,6
Inländische Aktiva (netto)	69,1	55,8	70,4	82,3	82,8	92,1	85,2	92,4
Forderungen an die Zentralregierung (netto)	52,2	52,6	56,6	66,5	64,7	72,1	61,4	61,6
Forderungen an Banken	54,1	40,3	32,3	34,1	37,3	42,1	50,2	55,3
<i>Verwendung</i>								
Bargeld	45,0	56,0	47,8	55,4	56,3	63,6	53,5	51,0
Reserven der Geschäftsbanken	55,0	44,0	52,2	44,6	43,7	36,4	46,5	48,9

^aGeldbasis insgesamt = 100. Die Zeitreihen wurden gegenüber früheren Berichten revidiert.

Quelle: IMF (1997), eigene Berechnungen.

Schaubild 1 – Monatliche Realzinssätze in Weißrußland 1995–1997



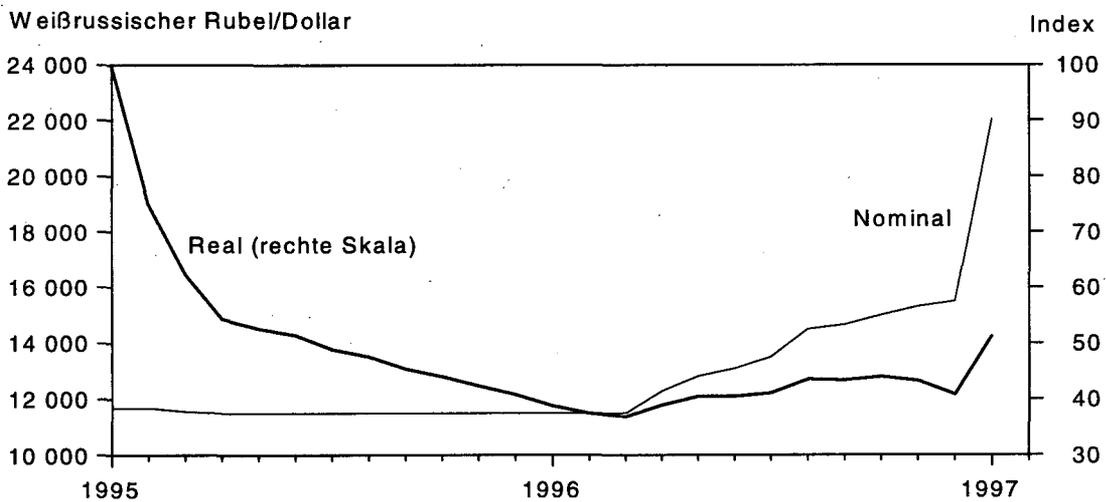
^aMonatsendwerte, deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex.

Quelle: IMF (1997), *Belarus Economic Trends* (verschiedene Ausgaben), eigene Berechnungen.

Für 1997 hat sich die Zentralbank ein Geldmengenwachstum von 67 vH und eine Inflationsrate von 38 vH zum Ziel gesetzt. Es muß jedoch bezweifelt werden, daß diese Ziele erreicht werden. Der in der ersten Jahreshälfte zu beobachtende Trend einer abnehmenden Umlaufgeschwindigkeit des Geldes hat sich bereits in der zweiten Jahreshälfte wieder umgekehrt. Darüber hinaus ist die Autonomie der Zentralbank durch die neue Verfassung, die der Regierung die Zuständigkeit zur Ausarbeitung der Geldpolitik zuweist, weiter ausgehöhlt worden. Sie wird sich daher noch weniger als bisher dem politischen Druck zur Finanzierung des Haushaltsdefizits durch Geldschöpfung entziehen können. Zwar soll der Anteil des Defizits, der nicht über Zentralbankkredite, sondern über Staatsschuldtitel gedeckt wird, 1997 auf 27 vH erhöht und damit nahezu verdoppelt werden. Es bleibt aber fraglich, ob dadurch das Geldmengenwachstum nachhaltig gebremst werden kann. Ein doppelt so hohes Angebot an Staatsschuldtiteln dürfte nur dann am Markt zu plazieren sein, ohne daß die Geldmenge zunimmt, wenn die Regierung bereit ist, positive Realzinsen zu zahlen. Ansonsten wird die Zentralbank wie 1996 gezwungen sein, selbst Staatsschuld-

titel aufzukaufen oder noch stärker durch Refinanzierungskredite zu negativen Realzinsen die Anlagen der Geschäftsbanken in Staatsschuldtiteln zu alimentieren.

Von Dezember 1995 bis Dezember 1996 veränderte sich der reale Wechselkurs des weißrussischen Rubels zum US-Dollar und zum russischen Rubel wenig (Schaubilder 2 und 3). Damit hat sich die Wettbewerbsfähigkeit weißrussischer Exporteure zwar nicht weiter verschlechtert, die starke reale Aufwertung des Vorjahres ist jedoch nicht kompensiert worden. Trotz einer nominalen Abwertung um rund 35 vH gegenüber dem Dollar bleibt der weißrussische Rubel angesichts der großen Leistungsbilanzdefizite deutlich überbewertet. Um den aus der Überbewertung resultierenden Reserveverlust der Zentralbank zu begrenzen, wurde die erst im Juni 1996 auf 50 vH gesenkte Ablieferungspflicht für Devisenerlöse aus Exportgeschäften zum offiziellen Wechselkurs wieder auf 100 vH erhöht. Diese Maßnahme trug jedoch nicht zur Verbesserung der außenwirtschaftlichen Lage bei, denn sie wirkte wie eine Besteuerung des Exportsektors. Um die negativen Auswirkungen dieser Besteuerung zumindest teilweise zu kompensieren, wurde im Sep-

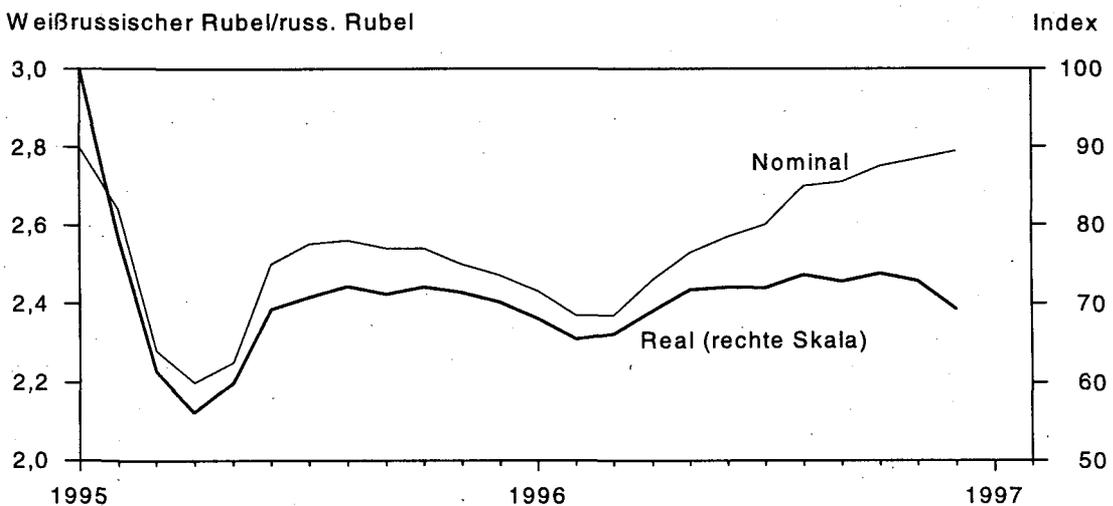
Schaubild 2 – Wechselkurs des weißrussischen Rubels zum US-Dollar 1995–1997^a

^aMonatsendwerte. Realer Wechselkurs: Nominaler Kurs deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (Januar 1995 = 100).

Quelle: IMF (1997), *Statističeskij bjulleten'* (verschiedene Ausgaben), eigene Berechnungen.

tember 1996 für Bartransaktionen ein zweiter Wechselkurs eingeführt, der maximal 20 vH, ab Oktober 30 vH über dem offiziellen Kurs liegen durfte (Takis 1996). Der Barkurs bewegte sich seitdem stets an diesem Limit. Ebenfalls ab Oktober erhielten die Geschäftsbanken die Möglichkeit, in begrenztem Umfang untereinander

weißrussische Rubel gegen ausländische Währungen zu handeln. Auch dieser dritte Kurs lag stets an dem erlaubten Limit von 30 vH über dem offiziellen Kurs der Zentralbank. Der Übergang auf ein multiples Wechselkursregime stellt einen weiteren Rückschritt in der weißrussischen Wirtschaftspolitik dar.

Schaubild 3 – Wechselkurs des weißrussischen Rubels zum russischen Rubel 1995–1996^a

^aMonatsendwerte. Realer Wechselkurs: Nominaler Kurs deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (Januar 1995 = 100).

Quelle: IMF (1997), *Statističeskij bjulleten'* (verschiedene Ausgaben), eigene Berechnungen.

Anfang 1997 wurde der offizielle Kurskorridor von 11 300 bis 15 500 auf 15 500 bis 21 000 Rubel angepaßt.¹⁰ Schon Ende Januar stieß der Kurs jedoch an die neue Obergrenze. Anfang Februar wurde daher erneut, diesmal auf 22 050 Rubel, abgewertet (*Neue Zürcher Zeitung* vom 8. Februar 1997). Zugleich wurden die staatlichen Eingriffe in den Devisenmarkt verschärft: Die Gewinne der Geschäftsbanken aus dem Sortenwechsel müssen an die Zentralbank abgeliefert werden. Die Marge, um die der Kurs auf dem Interbankmarkt den offiziellen Kurs übersteigen darf, wurde auf 2,5 vH

reduziert. Unklarheit besteht über die zukünftige Wechselkurspolitik. Es ist offenbar vorgesehen, den offiziellen Kurs schrittweise um 80–100 vH der Inflationsrate abzuwerten, was eine weitere reale Aufwertung des offiziellen Kurses und einen weiteren Verlust an Wettbewerbsfähigkeit für die Produzenten handelbarer Güter vorprogrammiert. Zudem lag der offizielle Wechselkurs noch immer erheblich unter dem eigentlichen Marktkurs. Auf der Moskauer Devisenbörse lag der Dollarkurs Anfang Februar bei rund 30 000 weißrussischen Rubeln.

VI. Außenwirtschaft

Die für das Jahr 1996 verfügbaren Zahlungsbilanzdaten (Januar bis Oktober) sind — wie in den Vorjahren — dadurch verzerrt, daß es seit dem Wegfall der Zollkontrollen zwischen Rußland und Belarus offenbar verstärkt zu Handelsablenkung kommt. Zum einen werden ukrainische Exporte nach Rußland wohl in steigendem Umfang zunächst nach Belarus und dann erst weiter nach Rußland geliefert, weil russische Importe aus der Ukraine, nicht aber die aus Belarus, der Einfuhrumsatzsteuer unterliegen. In Belarus wiederum wird der Handel mit GUS-Staaten nach dem Ursprungslandprinzip der Umsatzsteuer unterworfen, d.h., die weißrussischen Exporte in GUS-Staaten unterliegen dieser Steuer, nicht aber die weißrussischen Importe aus GUS-Staaten. Zum anderen importieren offenbar bestimmte, als gemeinnützig anerkannte Organisationen zollfrei vor allem Konsumgüter aus Drittländern und liefern diese weiter nach Rußland. Während die Importe aus der Ukraine und aus Drittländern statistisch recht gut erfaßt werden, tauchen die Reexporte nach Rußland in der Handelsstatistik offenbar nur teilweise auf. Deshalb stellen die statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen, die einen Mittelzufluß von 493 Mill. Dollar von Januar bis Oktober 1997 anzeigen, wohl vor allem Exporte nach Rußland dar.

Schlägt man die statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen den Exporten zu, so lassen

die Daten für 1996 keine bedeutsame Änderung der Zahlungsbilanzsituation gegenüber dem Vorjahr erkennen. Das Leistungsbilanzdefizit läge demnach bei 346 Mill. Dollar im Gesamtjahr 1995 und bei 320 Mill. Dollar von Januar bis Oktober 1996.¹¹ Die Kapitalverkehrsbilanz wies 1995 Zuflüsse von netto 447 Mill. Dollar und von Januar bis Oktober 1996 Zuflüsse von 297 Mill. Dollar aus. Auf eine Zunahme der Währungsreserven um 100 Mill. Dollar im Jahr 1995 folgte von Januar bis Oktober 1996 eine leichte Abnahme (Tabelle 8).

Angesichts vielfältiger Rückschritte bei der wirtschaftlichen Systemtransformation gerade im außenwirtschaftlichen Bereich — wie der Einführung multipler Wechselkurse — hätte eine deutlichere Verschlechterung der Zahlungsbilanzsituation nicht überrascht. Dazu kam es wohl vor allem deshalb nicht, weil die administrativen Kontrollen größtenteils wirksam waren. So wurde offenbar die Umtauschpflicht für Exporterlöse weithin beachtet, weil die Exporte hauptsächlich von großen Staatsunternehmen kommen (Kunstdünger, Industriechemikalien, Kunstfasern, Mineralölprodukte). Gleichzeitig konnte durch die administrative Devisenzuteilung an Importeure eine wirksame Eindämmung der Importe erreicht werden. Hinzu kam, daß Rußland auch nach der Schuldenstreichung zu Jahresbeginn 1996 offenbar zugelassen hat, daß Belarus neue Zahlungsrückstände

Tabelle 8 – Zahlungsbilanz 1995 und Januar bis Oktober 1996 (Mill. US-Dollar)^a

	GUS		Drittländer		Insgesamt	
	1995	Jan.–Okt. 1996	1995	Jan.–Okt. 1996	1995	Jan.–Okt. 1996
Außenhandel	-620	-754	-40	-389	-660	-1 143
Exporte	2 599	2 890	1 776	1 410	4 375	4 300
Importe	-3 219	-3 644	-1 816	-1 800	-5 035	-5 444
Nichtfaktordienstleistungen	149	169	112	170	262	339
Einnahmen	166	186	447	401	613	587
Ausgaben	-17	-17	-335	-231	-352	-249
Faktor-Dienstleistungen	-4	-5	-47	-50	-51	-54
Einnahmen	2	0	0	0	2	0
Ausgaben	-6	-5	-47	-50	-53	-54
Transfers	0	0	78	46	79	46
Saldo der Leistungsbilanz	-474	-590	104	-223	-370	-813
Kapitaltransfers	0	0	7	0	7	0
Sonstiger Kapitalverkehr	171	102	269	195	439	297
Direktinvestitionen	1	0	6	12	7	12
Handelskredite	-38	18	127	91	89	109
Mittel- und langfristiger Kapitalverkehr	34	-1	47	65	81	64
Kurzfristiger Kapitalverkehr	174	85	89	27	263	111
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	171	102	276	195	447	297
<i>Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen</i>	314	483	-290	10	24	493
Finanzierung^b						
Nettoauslandsposition des Bankensystems	-10	5	-90	18	-100	23
darunter: Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF	0	0	181	0	181	0

^aIn Anlehnung an die Gliederung der weißrussischen Nationalbank. — ^b„-“ bedeutet Zunahme der Nettoauslandsforderungen.

Quelle: Eigene Schätzungen.

in Höhe von mehr als 200 Mill. Dollar für Erdgaslieferungen aufbaute (*OMRI Daily Digest* vom 13. Februar 1997).

Selbst wenn das Leistungsbilanzdefizit durch die administrativen Eingriffe in einem — zumindest kurzfristig — finanzierbaren Rahmen gehalten werden konnte, sind die Perspektiven auch im außenwirtschaftlichen Bereich schlecht. Weißrussische Unternehmen werden

sich nur dann in dem selbst auf GUS-Märkten intensiveren Wettbewerb behaupten bzw. ihre Exporte in OECD-Länder ausweiten können, wenn sie verlässliche Kalkulationsgrundlagen und stabile institutionelle Rahmenbedingungen für die erforderlichen Investitionen haben. Davon ist Belarus Anfang 1997 weiter entfernt als noch vor wenigen Jahren.

VII. Ordnungspolitik

In dem im November 1996 abgehaltenen Referendum haben sich laut offiziellem Wahlergebnis über 70 vH der Wähler für den Verfassungsentwurf des Präsidenten Lukaschenko

ausgesprochen; die überwiegende Mehrheit stimmte gegen den freien Verkauf von Grund und Boden (*Minsk Economic News* Nr. 23 aus 1996). Das Ergebnis des Referendums wird von

der internationalen Staatengemeinschaft nicht anerkannt. Bereits im Vorfeld der Abstimmung waren Unregelmäßigkeiten aufgetreten. Der Präsident hatte verfassungswidrig die Zentrale Wahlkommission aufgelöst und die Vertreter selbst neu ernannt. In den Medien wurde einseitig zugunsten des Vorschlags des Präsidenten berichtet. Im Dezember hat der Präsident die neue Verfassung, die ihm weitgehende Rechte verleiht, für bindend erklärt. Er hat sich damit über die Entscheidung des Verfassungsgerichts hinweggesetzt, das in den Ergebnissen der Volksbefragung einen nur empfehlenden Charakter sah. Nach Auflösung der beiden Kammern hat der Präsident einen Teil der Mitglieder des Oberhauses sowie die Mitglieder der neuen Nationalversammlung ernannt. Die Gewaltenteilung ist de facto aufgehoben.

Auf wirtschaftlichem Gebiet waren bereits vor dem Referendum ordnungspolitische Rückschritte zu beobachten. Der Staat griff verstärkt mit planwirtschaftlichen Methoden in die Wirtschaft ein. So wurde im Oktober 1996 bestimmt, daß Industriebetriebe die Lagerhaltung reduzieren und gleichzeitig das Produktionsvolumen aufrechterhalten müssen; für die Erfüllung des Produktionsvolumens wurden die Betriebsdirektoren persönlich verantwortlich gemacht (*Sobranie Ukazov* 1996a; *Minsk Economic News* Nr. 1 aus 1997). Vor diesem Hintergrund sind die gemeldeten positiven Produktionsergebnisse mit Vorsicht zu bewerten.

Die Tätigkeit privater wie auch staatlicher Unternehmen war 1996 durch die Pflicht zur Neuregistrierung erschwert worden. Die Frist für die Neuregistrierung von Unternehmen war eigentlich zum 1. Januar 1997 abgelaufen. Zu diesem Zeitpunkt waren jedoch nur etwa 30 vH der Unternehmen neu registriert worden, u.a. weil die Verwaltung mit der Neuerfassung der bestehenden etwa 240 000 Unternehmen überfordert und die Zuständigkeit der Gebietskörperschaften nicht geklärt war (*Belorusskaja delovaja gazeta* Nr. 3 aus 1997). Angesichts des bisherigen, schleppenden Verlaufs ist es fraglich, ob die Registrierung wie vorgesehen bis zur Jahresmitte 1997 abgeschlossen werden kann. Allerdings soll für Kleinunternehmen und

für Unternehmen, die keine Steuerrückstände haben, das Verfahren vereinfacht werden.

Laut dem zum 1. Dezember 1996 in Kraft getretenen Gesetz zur Förderung der Kleinunternehmen sollen die bisherigen Unterstützungen für die Weiterbildung, für Forschung und Entwicklung sowie für den Zugang zu den Außenmärkten konkretisiert werden (*Vedomosti Verchovnogo Soveta* 1996). Allerdings ist die Förderung der unternehmerischen Tätigkeit von Kleinbetrieben nicht vorrangiger Zweck des Gesetzes. Bereits in der Präambel werden als Ziele genannt, das verfassungsgemäße Recht der Bürger auf Arbeit umzusetzen, die Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung zu erhöhen und die Steuerbasis zu erweitern, um die Einnahmen der öffentlichen Haushalte zu steigern. Die Förderung von Kleinunternehmen dient ausdrücklich der Aktivierung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Bevölkerung, um hierdurch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Hierzu sollen auch Maßnahmen erarbeitet werden, um Arbeitslose, Invaliden und Rentner als Kleinunternehmer zu beschäftigen.

Im Jahr 1996 wurden bis Ende November 197 Unternehmen privatisiert (Tabelle 9).¹² Dabei waren auf Republiksebene nur 13 Unternehmen in die Privatisierung eingeschlossen; 12 von ihnen wurden lediglich in Kapitalgesellschaften umgewandelt.¹³ Auf kommunaler Ebene wurden 184 Betriebe entstaatlicht. Von diesen wurden 33 ebenfalls nur umgewandelt. Die restlichen Betriebe, überwiegend Handels- und Dienstleistungsbetriebe, wurden durch verschiedene Formen der Versteigerung veräußert. Insgesamt konnte das Ziel des Privatisierungsprogramms für 1996, bei etwa 500 staatlichen und über 1 000 kommunalen Unternehmen die Privatisierung einzuleiten, nicht einmal annähernd erfüllt werden.¹⁴ Der Beitrag des privaten Sektors zum BIP, der 1995 bei rund 15 vH lag, dürfte sich damit nicht erhöht haben.

Der Entwurf zum Privatisierungsprogramm für 1997 sieht u.a. vor, die Privatisierung von Handels- und Dienstleistungsbetrieben abzuschließen. In Bereichen wie der Bauwirtschaft soll die Umwandlung in Kapitalgesellschaften vorangetrieben werden. Allerdings soll, bevor

Tabelle 9 – Zahl privatisierter und umgewandelter Unternehmen nach Eigentumsform und Privatisierungsverfahren 1991–1996

	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ^a	Insgesamt
Privatisierte und umgewandelte Unternehmen	61	190	244	632	468	197	1 792
Republikseigentum	19	32	140	184	53	13	441
Privatisiert durch:							
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	9	20	44	28	1	1	103
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	6	8	10	1	0	0	25
Direktverkauf, Auktion	1	1	18	3	0	0	23
Umwandlung in Aktiengesellschaften	3	3	68	152	52	12	290
Kommunales Eigentum	42	158	104	448	415	184	1 351
Privatisiert durch:							
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	25	27	13	124	34	23	246
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	7	79	14	11	1	0	112
Direktverkauf, Auktion	10	51	74	248	172	128	683
Umwandlung in Aktiengesellschaften	0	1	3	65	208	33	310

^aStand Ende November.

Quelle: Evropejskaja ekspertnaja služba (1996), *Belorusskij rynek* Nr. 31 aus 1996: 14.

überhaupt Entscheidungen über Umwandlungen getroffen werden, das Unternehmensvermögen rückwirkend zum 1. Januar 1997 neu bewertet werden (*Belorusskij rynek* Nr. 4 aus 1997). Nach der Umbewertung sollen die sogenannten Privatisierungsschecks im Rahmen der Voucherprivatisierung neu indiziert werden.¹⁵ Derartige administrative Maßnahmen wurden in der Vergangenheit immer wieder dazu genutzt, die Privatisierung zu verzögern. Auch angesichts der bisherigen Privatisierungspolitik ist es daher höchst zweifelhaft, ob die Zielsetzungen des Programms überhaupt konsequent verfolgt werden. Statt einer Privatisierung waren Anfang 1997 vereinzelt auch Renationalisierungen zu beobachten. Aufgrund angeblich überhöhter Preise wurde im Januar ein Großhandelsmarkt, auf dem sich vor allem kleine private Einzelhändler mit Waren eindecken, in das Eigentum der Stadt Minsk überführt, und die Preissteigerungen wurden administrativ begrenzt.

Es ist nicht auszuschließen, daß durch die Art der Umbewertung der Unternehmensbilanzen versucht wird, die Lage der Unternehmen statistisch zu beschönigen. Der Anteil der Betriebe mit Bilanzverlusten wurde zum Jahres-

ende 1996 mit weniger als einem Fünftel ausgewiesen (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996b: 88). Allerdings werden dabei anscheinend nur die ehemals staatlichen und kommunalen Unternehmen erfaßt, deren Gesamtzahl — wahrscheinlich aufgrund von Entflechtungen — steigt.¹⁶ Die Rentabilität der Unternehmen (gemessen am Gewinn in vH der Kosten der verkauften Produktion) wird im Vergleich zum Vorjahr unverändert mit 9,9 vH angegeben (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996b: 93). Auch 1996 wurde keine Restrukturierung in den Unternehmen vorgenommen. Im Jahresverlauf wurde kein einziges der Unternehmen für insolvent erklärt. Es wurde allerdings beschlossen, eine spezielle Konkurskommission zu gründen, welche über die Sanierung oder Schließung insolventer Unternehmen entscheiden soll (*Sobranie Ukazov* 1996b). Außerdem wurde ein neues Konkursgesetz erarbeitet, aber noch nicht in Kraft gesetzt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen aber, daß bestehende Konkursgesetze nicht angewandt werden.

Insgesamt sind auch 1997 weitere ordnungspolitische Rückschritte zu befürchten. Zwar wurde berichtet, daß im Januar Privatisierungen vorgenommen wurden.¹⁷ Es besteht jedoch die

Gefahr, daß privatisierte und private Unternehmen in ihrer Tätigkeit künftig noch stärker als bisher reglementiert werden. In diesem Fall dient die formale Privatisierung lediglich dazu, einen scheinbaren Reformwillen zu demonstrieren.

Die vom Präsidenten per Dekret verfügte Renationalisierung des Komarovski-Markts Anfang des Jahres war ein erster Hinweis, daß künftig auch drastische Eingriffe in die Wirtschaft nicht auszuschließen sind.

VIII. Zusammenfassung und Ausblick

Die von den Instituten im Herbst 1996 vorgezeichneten negativen Konsequenzen einer Politik des Reformabbaus sind in Belarus in aller Deutlichkeit eingetreten: Die Renaissance der Notenbankkreditvergabe über zentralisierte, niedrig verzinste Kredite hat die Geldpolitik in das Fahrwasser einer administrativen Ressourcenlenkung geführt. Dies hat im Verein mit einer strukturkonservierenden Fiskal- und Einkommenspolitik das Inflationspotential vergrößert und tatsächlich seit November 1996 die Inflation stark beschleunigt. Die reale Aufwertung des weißrussischen Rubels gegenüber dem Vorjahr hat die offiziell ausgewiesene Handelsbilanz weiter verschlechtert. Dies wiederum löste wie erwartet einen ordnungspolitischen Dominoeffekt aus. Noch bestehende Freiräume in der Preisbildung und im Außenhandel sind zunehmend eingeengt worden; es wurden sogar Renationalisierungen vorgenommen. Der private Sektor wurde durch die staatliche Administration zunehmend behindert; sein Anteil am BIP kam 1996 über magere 15 vH nicht hinaus. Anreize für Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen sind damit kaum gegeben.

Gleichwohl meldet die weißrussische Statistik für 1996 eine Steigerung des realen BIP um 2,6 vH, während die Institute einen Rückgang um 5 vH prognostiziert hatten. Eine Bewertung der gemeldeten Wachstumsrate muß allerdings die vielen statistischen Ungereimtheiten in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berücksichtigen. Auf der Verwendungsseite fällt vor allem auf, daß der Anstieg der realen Einzel-

handelsumsätze den Anstieg der realen verfügbaren Geldeinkommen beträchtlich übersteigt, obwohl zugleich die Konsumquote aus diesen Einkommen stark gefallen ist. Außer dem privaten Konsum weist kein anderes Nachfrageaggregat ein positives Wachstum auf. Im übrigen wurden die ausgewiesenen Einzelhandelsumsätze auf der Basis von „Expertenschätzungen“ über den Umfang der Schattenwirtschaft berechnet.

Entscheidend für die Aussichten der Wirtschaft für 1997 wird die weitere Entwicklung des ordnungspolitischen Umfelds sein. Die Institute sehen keine Anzeichen für einen Kurswechsel zu Reformen, dessen Notwendigkeit und Schwerpunkte sie bereits ausführlich beschrieben haben.¹⁸ Die Institute befürchten eher weitere Schritte zurück zu planwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Als Folge wird die Außenorientierung der weißrussischen Wirtschaft, wie sie sich bereits 1996 durch einen Rückgang der Handelsumsätze mit den westlichen Ländern angekündigt hat, weiter abnehmen. Zudem ist durch die zu erwartende reale Aufwertung der Währung eine weitere Verschlechterung der Handelsbilanz vorprogrammiert, was für eine kleine und deshalb stark außenhandelsabhängige Volkswirtschaft die Wachstumsaussichten erheblich beeinträchtigt. Insgesamt prognostizieren die drei Institute für 1997 einen Rückgang des BIP, und zwar um 3 vH. Was die Preisentwicklung betrifft, so ist im laufenden Jahr mit einer offenen Inflation von etwa 40–50 vH zu rechnen.

Endnoten

- 1 Bedenken bleiben auch dann bestehen, wenn man berücksichtigt, daß der Gütertransport gemessen in Tonnenkilometer sogar leicht zugenommen hat (1,4 vH). Eine weitaus geringere Menge von Produkten wurde offenbar über wesentlich längere Strecken befördert. Angesichts steigender Energiepreise würden geringere Transportstrecken eher den Erwartungen entsprechen.
- 2 Hochgerechnet bedeutet dies bereits wieder eine Preissteigerung von über 340 vH im Jahr.
- 3 Allerdings steht dies auch in einem engen Zusammenhang mit den Eingriffen in den Devisenmarkt, der einen umfangreichen Schwarzmarkt mit einem deutlich abgewerteten weißrussischen Rubel hat entstehen lassen.
- 4 Die weißrussische Statistik nennt 436 000 Beschäftigte für die Monate Januar bis November (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996b: 59 ff.; 1997: 79).
- 5 Das minimale Verbrauchsbudget wird definiert als die Ausgaben für den Mindestverbrauch an Nahrungsmitteln sowie die Mindestausgaben für andere Verbrauchsgüter, Dienstleistungen und Pflichtbeiträge. Die offizielle Armutsgrenze (Existenzminimum) liegt bei 60 vH des minimalen Verbrauchsbudgets.
- 6 Die ausgegebenen Staatspapiere sind teilweise nicht auf dem Sekundärmarkt handelbar.
- 7 Dabei handelt es sich nicht um die Staatsquote, da die außerbudgetären Aktivitäten nicht erfaßt sind. 1996 lagen die Ausgaben der bekannten außerbudgetären Fonds bei etwa 20 vH des BIP. Die tatsächlichen außerbudgetären Aktivitäten dürften deutlich höher liegen.
- 8 Der allgemeine Refinanzierungszins war zwar nur Ende 1996 real negativ; der durchschnittliche Refinanzierungszins hingegen dürfte über längere Zeiträume im negativen Bereich gelegen haben.
- 9 Der Geldmultiplikator für die Geldmenge M2, der im vierten Quartal 1995 noch bei 2,6 gelegen hatte, ging im vierten Quartal 1996 auf 2,3 zurück.
- 10 Anfang 1996 war zunächst ein Kurskorridor von 11 300 bis 13 100 weißrussische Rubel je Dollar eingeführt worden. Die Obergrenze konnte bald nicht mehr verteidigt werden und wurde daher im Sommer auf 15 500 Rubel angehoben.
- 11 Eine genauere Analyse der Entwicklung der Handelsströme auf der Basis der vorliegenden Daten erscheint wegen der statistischen Unzulänglichkeiten aussichtslos. Die Ursachen des starken Rückgangs des weißrussisch-deutschen Handels wurden bereits im letzten Bericht der Institute diskutiert. Der damals aufgrund der deutschen Außenhandelsstatistik für das erste Halbjahr 1996 konstatierte Rückgang wird im übrigen durch die jetzt vorliegenden Daten für Januar bis September 1996 bestätigt. Demnach lagen die weißrussischen Exporte nach Deutschland mit 297 Mill. DM um 34 vH unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums; die weißrussischen Einfuhren aus Deutschland nahmen um 16,5 vH auf 662 Mill. DM ab.
- 12 Über den Umfang der im Gesamtjahr 1996 privatisierten bzw. umgewandelten Unternehmen wurden stark divergierende Angaben gemacht. Laut Privatisierungsministerium (Mingosimuõæstva) unterlagen 515 Unternehmen der Privatisierung, davon waren 136 Unternehmen in Republikseigentum und 379 im Eigentum der Kommunen (*Belorusskij rynek* Nr. 5 aus 1997: 7). Das Wirtschaftsministerium nennt 457 Unternehmen (Republik: 85 und Kommunen: 372). Von diesen seien allein im Dezember 211 entstaatlicht worden (Ministerstvo Ekonomiki 1997: 17). Über derart umfangreiche Umwandlungen oder Privatisierungen gegen Jahresende liegen indes keine Informationen vor.
- 13 Ein Präzedenzfall im Rahmen der Privatisierung war 1996 die Beteiligung eines amerikanischen Unternehmens an einem Metallurgiebetrieb, der als hoch verschuldet gilt.
- 14 Auch die Privatisierung von Wohnungen ist 1996 nicht mehr so rasch wie in den Vorjahren vorangekommen. Es wurden nur 75 300 Wohnungen (1995: 112 200) privatisiert (Ministerstvo Statistiki i Analiza 1996b: 168). Der Anteil der privatisierten Wohnungen am Gesamtbestand ist regional sehr unterschiedlich. In Minsk soll er bei 50 vH liegen, in anderen Städten und Gemeinden bei nur 35 vH (*Minsk Economic News* Nr. 1 aus 1997).
- 15 Es wurde eine Liste von etwa 125 Unternehmen erstellt, die für die Voucherprivatisierung reserviert werden sollen (*Belorusskij rynek* Nr. 6 aus 1997: 12). Der Buchwert dieser Unternehmen soll höher sein als der Gesamtwert der ausgegebenen, aber nicht verwendeten Schecks (*Minsk Economic News* Nr. 1 aus 1997).
- 16 In diesen Unternehmen werden nur 8,6 vH des Produktionsvolumens erzeugt (*Belorusskij rynek* Nr. 6 aus 1997).
- 17 Bis Anfang Februar 1997 sollen 351 Objekte auf Privatisierungsauktionen versteigert worden sein (*OSTinvest* vom 14. Februar 1997).
- 18 Entsprechend sind auch keine ordnungspolitischen Impulse von dem im April 1996 unterzeichneten Unionsvertrag mit Rußland, der im April 1997 ergänzt worden ist, zu erwarten. Die Institute hatten bereits in ihrem letzten Bericht festgestellt, daß die Ziele dieses Vertrages durch die tatsächliche ordnungspolitische Entwicklung in der Republik Belarus konterkariert werden (DIW et al. 1996: 37 ff.).

Literaturverzeichnis

- DIW, IfW und IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1996). Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Von Reformwiderstand zu Reformabbau. Kieler Diskussionsbeiträge 283. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 63 (45): 717–735 des DIW und als Forschungsreihe 8/1996 des IWH.
- Evropejskaja ekspertnaja služba (1996). *Ekonomičeskie tendencii v Belarusi. Dekabr' 1996*. Minsk.
- Gosudarstvennyj Komitet Respubliki Belarus' po statistike i analizu (1993). *Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1991 g.* Minsk.
- IMF (International Monetary Fund) (1997). *International Financial Statistics*. CD-ROM. Ausgabe Februar. Washington, D.C.
- Ministerstvo Ekonomiki Respubliki Belarus' (1997). Ob itogach raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za 1996 god. Minsk (mimeo).
- Ministerstvo Statistiki i Analiza Respubliki Belarus' (1994). *Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1993 g.* Minsk.
- (1995a). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus'. Janvar'–dekabr' 1994 g.* Minsk.
- (1995b). *Respublika Belarus' v cifrach. 1994*. Minsk.
- (1996a). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus'. Janvar'–dekabr' 1995 g.* Minsk.
- (1996b). *Statističeskij bjulleten' 2 (12)*.
- (1996c). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus'. Janvar'–ijun'.* Minsk.
- (1997). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus'. Janvar'–dekabr' 1996 g.* Minsk.
- Sobranie Dekretov, Ukazov Prezidenta i Postanovlenij Kabineta Ministrov Respubliki Belarus'* (1996). Ukaz Prezidenta Respubliki Belarus' Nr. 555 vom 17. Dezember: „O nekotorych dopolnitel'nyh merach po razvitiju individual'nogo žilišžnogo stroitel'stva“. Nr. 35: 70–72.
- Sobranie Ukazov Prezidenta i Postanovlenij Kabineta Ministrov Respubliki Belarus'* (1996a). Ukaz Prezidenta Respubliki Belarus' „O merach po uskoreniju realizacii produkcii promyšlennych predpriyatij“. Nr. 28: 62–64.
- (1996b). Položenie „O sovete po bankrotstvu i finansomy ozdorovleniju sub-ektov chozjajstvovanija pri Kabinete Ministrov Respubliki Belarus'“. Nr. 28: 91–93.
- Tacis European Expertise Service (1996). *Belarus Economic Trends. Monthly Update (December)*.
- Vedomosti Verchovnogo Soveta Respubliki Belarus'* (1996). Zakon Respubliki Belarus' „O gosudarstvennoj podderžke malogo predprinimatel'stva v Respublike Belarus'“. Nr. 24: 52–64.